

	<p>SuedOstLink</p> <p>- BBPlG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a -</p>	
	<p>Abschnitt A1</p> <p>Sachsen-Anhalt Nord</p> <p>Unterlagen</p> <p>gemäß § 76 Abs. 3 VwVfG</p>	<p>Das Vorhaben Nr.5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</p>
<p><b>Teil A1.3 Erläuterungsbericht zur Planänderung I</b></p> <p><b>PLANÄNDERUNG I</b></p>		
<p>Festgestellt nach § 24 NABEG</p> <p>Bonn, den</p>		

Ersteller: INGE BM SOL / FUGRO

Dok.: SOL\_50H\_A1\_21000\_ELB\_0001\_Erlaeuterungsbericht\_01\_FSOL\_50H\_A1\_21000\_ELB\_0001\_Erlaeuterungsbericht\_PÄ\_I\_00\_B

## Inhaltsverzeichnis

<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>3</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>4</b>
<b>Anlagen.....</b>	<b>5</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>7</b>
1.1 SuedOstLink.....	7
1.2 Einordnung der Unterlage .....	7
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments .....	7
<b>2 Genehmigungsrechtliche Einordnung .....</b>	<b>8</b>
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte .....	8
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG .....	8
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG .....	8
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG .....	8
2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG .....	8
2.1.5 Einreichung Deckblatt I .....	8
2.1.6 Planfeststellungsbeschluss .....	9
2.2 Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens.....	9
2.2.1 Entscheidungsvorbehalt gemäß § 74 Abs. 3 VwVfG .....	9
2.2.2 Unwesentlichkeit der beabsichtigten Änderungen (inkl. fehlenden UVP-Pflichtigkeit) ..	10
2.2.3 Unerheblichkeit der Planänderungen im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung .....	11
2.2.4 Belange Anderer .....	11
2.3 Pflicht zur Zahlung eines finanziellen Ausgleichs .....	11
2.4 Sofortige Vollziehung der Planänderung .....	12
<b>3 Beschreibung der geänderten Planungen .....</b>	<b>14</b>
3.1 Veranlassung .....	14
3.2 Beschreibung der Planungsänderungen.....	14
3.2.1 Regiedokument – Maßnahme V <sub>AR</sub> 11 .....	14
3.2.2 Kreuzungsbauwerke.....	15
3.2.3 Freileitung.....	16
3.2.4 Rechtserwerbsplan / Rechtserwerbsverzeichnis .....	18
3.3 Kennzeichnung .....	18
3.4 Auswirkungen der Planänderung auf die Umwelt .....	18
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>21</b>

## Tabellenverzeichnis

Nicht vorhanden

## Abbildungsverzeichnis

Nicht vorhanden

## Anlagen

Nicht vorhanden

*In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.*

## **1 Einleitung**

### **1.1 SuedOstLink**

Der SuedOstLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a (südlicher Teil) gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung vom Netzverknüpfungspunkt Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

SuedOstLink besteht aus den Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a (südlicher Teil) BBPI, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SuedOstLink (Landkreis Börde bis Isar) umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenbauwerken sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation. Nebenbauwerke sind die Kabelabschnittsstationen (KAS), Kabelübergangsstationen (KÜS) und die Kabelmonitoringstationen (KMS) sowie Oberflurschränke. Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR). In Abschnitt A1 erfolgt in geringem Umfang auch eine Umsetzung als Freileitung mit den zugehörigen Anlagenteilen wie z. B. Freileitungsmasten.

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenbauwerken. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein zeitnaher Tiefbau und Kabelzug.

Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 1ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

### **1.2 Einordnung der Unterlage**

Das vorliegende Dokument „Erläuterungsbericht zur Planänderung I“ wird mit Einreichung zum Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG für SuedOstLink im Planfeststellungsabschnitt A1. Hiermit beantragt die Vorhabenträgerin für das oben genannte Vorhaben eine partielle Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG und § 76 Abs. 3, hilfsweise Abs. 1 VwVfG.

### **1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments**

Gegenstand des vorliegenden Dokuments ist die Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen nach § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG und § 76 Abs. 3, hilfsweise Abs. 1 VwVfG.

Eine detailliertere Beschreibung der beantragten Planänderung findet sich in Kapitel 3.

## **2 Genehmigungrechtliche Einordnung**

Die Vorhaben Nr. 5 und 5a sind im Bundesbedarfsplan als Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPIG mit der Kennzeichnung „A1“ als länderübergreifend gekennzeichnet. Gesetzliche Grundlagen dafür sind § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG und § 2 Abs. 1 BBPIG. Es fällt damit in den Anwendungsbereich des NABEG, siehe § 2 Abs. 1 NABEG. Die BNetzA ist die verfahrensführende Behörde nach § 1 Nr. 1 Planfeststellungszuweisungsverordnung (PlfZV) mit Sitz in Bonn. Dies gilt auch für die vorliegend beantragte Planänderung.

### **2.1 Vorausgegangene Planungsschritte**

#### **2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG**

Der VHT hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A1 am 30.11.2023 bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) eingereicht.

#### **2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG**

Die BNetzA hat die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen gemäß § 21 NABEG geprüft und die Vollständigkeit am 02.01.2024 gegenüber dem VHT bestätigt.

#### **2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG**

Die BNetzA hat nach Bestätigung der Vollständigkeit die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und der Öffentlichkeit vorbereitet. Die Unterlagen wurden den TÖB in digitaler Form jeweils auf einem Datenträger am 12.01.2024 zugesandt. Die TÖB wurden zugleich gemäß § 22 Absatz 2 NABEG zur Stellungnahme aufgefordert. Für die Rückmeldung der Stellungnahmen der TÖB an die BNetzA wurde eine Frist bis zum 21.03.2024 gesetzt. Einzelnen Trägern öffentlicher Belange wurde auf Antrag eine maximale Fristverlängerung bis zum 09.04.2024 gewährt.

Die BNetzA hat weiterhin gemäß § 22 Absatz 3 NABEG die Auslegung auf der Internetseite der BNetzA und in den örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht. Anschließend wurde die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen für die Dauer von einem Monat ab dem 13.01.2024 zum Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung veranlasst, in dem die BNetzA die Unterlagen auf ihrer Internetseite ([www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de)) veröffentlicht hat. Nach dem Ende der Auslegung konnte gemäß § 22 Absatz 4 NABEG jede Person und Vereinigung, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, innerhalb von einem Monat schriftlich oder elektronisch bei der BNetzA Einwendungen gegen den Plan erheben.

#### **2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG**

Im Planfeststellungsabschnitt A1 wurde der Erörterungstermin gemäß § 22 Abs. 5 i.V.m. § 10 NABEG am 25.06.2024 durchgeführt.

#### **2.1.5 Einreichung Deckblatt I**

Am 31.10.2024 beantragte der Vorhabenträger die erste Änderung des nach § 22 Abs. 3 NABEG ausgelegten Plans im laufenden Planfeststellungsverfahren. Hintergrund war die Überarbeitung der Freileitungstrasse im Bereich der Ohre (Mast 106-111) zur Berücksichtigung der Kranstellplätze beim Bau der BAB 14, die Anpassung des Provisoriums (Freileitung) nördlich des Mittellandkanals durch Verschiebung nach Süden, sowie verschiedene kabelbezogenen Änderungen, wie Anpassungen von Muffengruben und -standorten, sowie Umpositionierungen von Oberflurschränken. Darüber hinaus waren Anpassungen (Neuplanungen und Entfall) mehrerer Zuwegungen zu Abtrommelplätzen, Kreuzungsbauwerken oder Muffengruben, die Flurneueordnung Edlau, sowie Ergänzungen des Arbeitsstreifens für den Oberflurkabelzug und Anpassungen am



Schutzstreifen im Bereich der Wipperquerung gegenüber der ursprünglich eingereichten Planunterlagen nötig.

Nach § 22 Abs. 7 S. 1 NABEG ist in dem Fall, dass bereits ausgelegte Unterlagen geändert werden und dadurch eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 UVPG notwendig wird, eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Bei den vorgelegten Änderungen im Rahmen des Deckblattverfahrens I konnten zusätzliche erhebliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen nicht vollständig ausgeschlossen werden. Eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 Abs. 1 UVPG war daher notwendig. Die Behördenbeteiligung war gemäß § 22 Abs. 7 S. 2 NABEG auf diejenigen Träger öffentlicher Belange zu beschränken, die durch die Änderung in ihrem Aufgabenbereich berührt sind. Ferner war die Auslegung gemäß § 22 Abs. 1 S. 2 UVPG auf die relevanten Änderungen des Deckblattverfahrens I beschränkt. Die Auslegung erfolgte nach öffentlicher Bekanntmachung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben für die Dauer von einem Monat in der Zeit vom 31.10.2024 bis 16.12.2024. Einwendungen konnten gemäß § 22 Abs. 7 NABEG bis zu zwei Wochen nach der Auslegung bei der Planfeststellungsbehörde erhoben werden.

#### **2.1.6 Planfeststellungsbeschluss**

Die Bundesnetzagentur als Planfeststellende Behörde hat mit Beschluss vom 31.03.2025 den Plan für die obigen Verfahren gemäß § 24 Abs. 1 NABEG festgestellt. Im Verfahren wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 4 ff. UVPG durchgeführt. In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Die sofortige Vollziehung wurde nach § 43e Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gesetzlich angeordnet.

### **2.2 Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens**

Für die vorliegende Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens gelten nach § 18 Abs. 5 NABEG die Vorgaben des § 43d EnWG. § 43d EnWG wiederum verweist hierfür auf § 76 VwVfG mit der Maßgabe, dass im Falle des § 76 Abs. 1 VwVfG (wonach grundsätzlich ein neues Planfeststellungsverfahren bei Planänderungen erforderlich ist) von einer Erörterung abgesehen werden kann. Nach § 76 Abs. 2 VwVfG kann die Planfeststellungsbehörde bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. Handelt es sich hingegen zwar um eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung, werden aber – wie vorliegend der Fall – die Belange anderer berührt und haben die Betroffenen der Änderung nicht zugestimmt, kann auf ein neues Planfeststellungsverfahren nicht verzichtet werden. In diesem Fall bedarf es jedoch nach § 76 Abs. 3 VwVfG keines Anhörungsverfahrens und keiner öffentlichen Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses. Es sind lediglich die bekannten Betroffenen und die in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden nach § 73 Abs. 2 Satz 1 VwVfG zu beteiligen. Die Voraussetzungen des § 76 Abs. 3 VwVfG liegen hier vor.

#### **2.2.1 Entscheidungsvorbehalt gemäß § 74 Abs. 3 VwVfG**

Innerhalb des Planfeststellungsbeschlusses des Abschnitts A1 vom 31.03.2025 wurde die Entscheidung über den Trassenabschnitt zwischen TKM 9+15 und 9+65 gemäß § 74 Abs. 3 VwVfG vorbehalten. Die notwendige temporäre und dauerhafte Flächeninanspruchnahme zur Errichtung des SOL-Mast 27\_344n, steht im Konflikt zur durchgängigen Nutzung der dort verorteten Ackerfläche als Feldhamsterschonfläche (A<sub>CEF</sub>27) durch die Autobahn GmbH. Für den Bau der BAB 14 wurde diese planfestgestellte Ausgleichsmaßnahme der Autobahn GmbH bereits umgesetzt. Entsprechend der im Beteiligungsverfahren eingebrachten Einwendungen der DEGES muss die Durchgängigkeit der Maßnahme gewährleistet werden, um das Maßnahmenziel zum Feldhamsterschutz nicht zu gefährden. Die fehlende Kompensationsfläche des Vorhabenträgers führte zum Entscheidungsvorbehalt und verhinderte die Flächeninanspruchnahme. Zur Lösung des

Konflikts werden die Maßnahmen A<sub>CEF</sub> 1 und V<sub>AR</sub>9 angepasst (vgl. Teil I2 Kap. 4.1 und 3.6). Diese beinhalten die Sicherung und feldhamsterfreundliche Bewirtschaftung einer dauerhaften Feldhamsterschonfläche mit einer Größe von 2,2 ha und das absammeln sowie umsiedeln der im Trassenbereich zwischen TKM 9+37 und 9+72 gefundenen Feldhamster. Die bereitgestellte Fläche befindet sich auf Flur 8 der Gemeinde Niedere Börde, Gemarkung Groß Ammensleben (vgl. Teil D7.37) und bildet einen Wanderkorridor zwischen einer weiteren Feldhamsterschonfläche (A<sub>CEF</sub>27) der Autobahn GmbH und einer Bestandspopulation von Feldhamstern bei Groß Ammersleben. Die Eignung der Ersatzfläche wurde durch die zuständige Untere Naturschutzbehörde, einem Feldhamsterexperten und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) bestätigt. Für die Gewährleistung der Durchgängigkeit der Maßnahme A<sub>CEF</sub>27 wurde zudem die Maßnahme V<sub>AR</sub>9 überarbeitet. Die innerhalb des SOL-Baubereichs auf der Maßnahmefläche festgestellten Feldhamster werden direkt auf die Ersatzfläche A<sub>CEF</sub>1 umgesiedelt. Durch die Bereitstellung und Bewirtschaftung einer Ersatzfläche in geeigneter Lage und Größe ist die Kompensationspflicht erfüllt und der durch den SOL entstandene Flächenverlust wird vollständig ausgeglichen. Damit kann die Einhaltung des Maßnahmenziels für die Autobahn GmbH durchgehend gewährleistet werden. Durch das Einbringen der zusätzlichen Informationen über die Planänderung I soll die Auflösung des Entscheidungsvorbehalts zur Erlangung des Planergänzungsbeschlusses angestoßen werden. Die wesentlichen Aspekte, namentlich zur Trassierung und zum Provisorium sind bereits im PFB abschließend geklärt und geprüft worden. Es bestand nur noch Unklarheit zur Feldhamsterfläche, während auch die Maßnahme als solche abgestimmt war.

## 2.2.2 Unwesentlichkeit der beabsichtigten Änderungen (inkl. fehlenden UVP-Pflichtigkeit)

Die Planänderung ist insgesamt als unwesentlich einzustufen. Die mit der Planung verfolgte Zielsetzung bleibt unberührt. Umfang und Zweck des Vorhabens bleiben durch die Planänderung I unverändert. Die geplanten Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Betrieb und die Betriebssicherheit des Vorhabens. Die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange bleibt in ihrer Struktur unberührt, da sich die Änderungen auf räumlich und sachlich abgrenzbare Teile des Vorhabens beschränken. Für viele der geplanten Änderungen lassen sich zusätzliche oder andere belastende Auswirkungen auf Belange Einzelner ausschließen. Teilweise führen die Änderungen sogar zu geringeren Belastungen. Im Übrigen ist eine einvernehmliche Regelung mit den Betroffenen und den betroffenen Gemeinden sowie Fachbehörden absehbar.

Die Änderung des Regiedokuments zu § 43m EnWG ist als unwesentlich zu bewerten, da der temporäre und ortsgebundene Entfall der Maßnahme V<sub>AR</sub>11 (Bauzeitenregelung) für den Rot- und Schwarzmilan zwischen km 25,6 und 27,0 für das Jahr 2026 einen geringen Umfang in Bezug auf das Gesamtvorhaben darstellt. Mit der einmaligen Vergrämung durch vorfristigen Baubeginn ab Februar 2026 wird eine Störung während des Brutgeschehens vermieden und die potenziellen Brutgebiete stehen dem Rot- und Schwarzmilan ab dem Jahr 2027 wieder uneingeschränkt zur Verfügung. Weiterführende Beschreibungen sind dem Kapitel 3.2.1 und dem Regiedokument zu entnehmen.

Die Unwesentlichkeit der Änderungen an Kreuzungsbauwerken ist in Kapitel 3.2.2 näher erläutert.

Die im Rahmen der Planänderung geplanten Maßnahmen an der Freileitung sind technisch notwendig, lokal begrenzt und führen weder zu neuen oder stärkeren Betroffenheiten noch zu anderen erheblichen Auswirkungen auf Umwelt oder Eigentum. Rechtliche Schutzvorgaben, insbesondere aus dem Arten- und Lärmschutz, werden weiterhin eingehalten. Damit sind die Anpassungen als unwesentlich einzustufen. Die Unwesentlichkeit der Änderungen an der Zuwegung ist in Kapitel 3.2.3.3 näher beschrieben.

Für die Planänderung besteht keine UVP-Pflicht und auch keine Pflicht zur Durchführung einer UVP-Vorprüfung. Denn die beantragten Planänderungen fallen in den sachlichen und zeitlichen

Anwendungsbereich des § 43m EnWG, der nach aktueller Gesetzeslage bis zum 30.06.2025 gilt. Hiernach ist für ein Vorhaben von einer UVP abzusehen, wenn hierfür schon eine Strategische Umweltprüfung durchgeführt wurde. Dies ist hier der Fall: Im Rahmen der Bundesfachplanung wurde für die Vorhaben BBPIG Nr. 5 und 5a nach § 5 Abs. 7 NABEG eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt. Die beantragte Planänderung bezieht sich auf dieses Vorhaben.

Tabelle 1 zeigt, welche Trassenkorridorsegmente (TKS) der Bundesfachplanung (BFP) von Planänderungsmaßnahmen betroffen sind.

**Tabelle 1: Übersicht der von Planänderungen betroffenen TKS der BFP**

TKS	Art der Änderung
001	Planänderungen Freileitung (vgl. Kapitel 3.2.2)
009b	Planänderung an KRBW A1_591 und A1_592 (vgl. Kapitel 3.2.1)
004c	Planänderung an KRBW A1_528 (vgl. Kapitel 3.2.1)

Die Entbehrlichkeit der UVP ergibt sich aber auch daraus, dass es sich um unwesentliche Änderungen des Vorhabens handelt. Zusätzliche erhebliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen sind im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung nicht zu erwarten. Weitere Ausführungen zur Darlegung der Unerheblichkeit der Änderungen sind im Kapitel 3.4 beschrieben.

Die Planänderungen sind auch nicht aus sonstigen Gründen als wesentlich einzustufen, da es sich jeweils um räumlich und sachlich abgrenzbare und in Bezug auf das Gesamtvorhaben geringfügige untergeordnete Anpassungen handelt, die die ursprüngliche Abwägung im Planfeststellungsbeschluss vom 31.03.2025 in ihrer Struktur unberührt lassen.

### **2.2.3 Unerheblichkeit der Planänderungen im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung**

Die Planänderungen sind auch nicht aus sonstigen Gründen als wesentlich einzustufen, da es sich jeweils um räumlich und sachlich abgrenzbare und in Bezug auf das Vorhaben geringfügige untergeordnete Anpassungen handelt, die die ursprüngliche Abwägung im Planfeststellungsbeschluss vom 31.03.2025 in ihrer Struktur unberührt lassen.

### **2.2.4 Belange Anderer**

Da gleichwohl die Belange anderer zumindest berührt und nicht sämtliche Betroffene der Änderung zugestimmt haben, kommt aus Sicht von 50Hertz ein vereinfachtes Verfahren nach § 76 Abs. 3 VwVfG in Betracht.

## **2.3 Pflicht zur Zahlung eines finanziellen Ausgleichs**

Die geplante Bauzeitenregelung der Maßnahme V<sub>AR</sub> 11 für Rot- und Schwarzmilan (keine Bauaktivität von März bis Juli) bewirkt im Bereich bei km 25,6 bis 27,0 Unterbrechungen im Bauablauf, welche somit eine längere Bauzeit verursachen. Mit Streichung der Bauzeitenregelung V<sub>AR</sub> 11 in diesem Bereich soll ersatzweise ein einmalige Vergrämung durch einen vorfristigen Baubeginn umgesetzt werden. Da insbesondere der Rotmilan einem gesetzlichen Störungsverbot (§ 28 NatSchGLSA; Horstschutzregelung in Anlehnung an § 54 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG) unterliegt, verbleibt ein offener Konflikt. Die Planänderung I im Abschnitt A1 des SOL wird im Rahmen der Notfallverordnung umgesetzt. Eine Kompensation des Konfliktes ist in diesem Zusammenhang nicht möglich. Gemäß § 43m Abs. 2 Satz 2 EnWG leistet der Vorhabenträger im Zuge der Projektausführung einen finanziellen Ausgleich für jeden angefangenen Kilometer innerhalb des

Konfliktbereichs. Daraus ergibt sich eine zusätzliche, über den bereits geleisteten finanziellen Ausgleich, zu leistende Ersatzzahlung von: 2 km x € 25.000 = 50.000 €.

Weitere, sich durch die Planänderung I ergebende Verpflichtungen zur artenschutzrechtlichen Ausgleichszahlung gemäß § 43m Abs. 2 Satz 2 EnWG bestehen nicht. Für alle anderen durch die Planänderung I betroffenen Arten und Artengruppen können entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie geeignete Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden, so dass Verschlechterungen für den Artenschutz ausgeschlossen werden können.

## 2.4 Sofortige Vollziehung der Planänderung

Nach Auffassung von 50Hertz hat eine etwaige Anfechtungsklage gegen den beantragten Änderungsbescheid gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d Satz 1 EnWG und § 76 Abs. 2 VwVfG nach § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43e Abs. 1 Satz 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung.

In § 18 Abs. 5 NABEG wird Bezug genommen auf die §§ 43 ff. EnWG. Diese gelten sowohl für Planfeststellungsverfahren als auch für „daran anknüpfende“ Verfahren entsprechend, sofern die §§ 18 ff. NABEG keine abweichenden Regelungen enthalten (vgl. Riese/Nebel in: Steinbach/Franke, Kommentar zum Netzausbau, § 18 Rn. 12-13).

Eine Planänderung nach Erlass des PFB, aber vor Fertigstellung des Vorhabens ist ein Verfahren, das an die vorangegangene Planfeststellung „anknüpft“ im Sinne des § 18 Abs. 5 NABEG. So geht das BVerwG in ständiger Rechtsprechung davon aus, dass jedenfalls Änderungsbeschlüsse dem ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss mit der Folge „anwachsen“, dass der festgestellte Plan und die nachträglichen Änderungen zu einem einzigen Plan „verschmelzen“ (BVewG, Urteil vom 17.12.2009 – 7 A 7/09, NVwZ 2010, 584, Rn. 23; BVerwG, Ur. v. 25.6.2014 – 9 A 1/13, NVwZ 2015, 85 Rn. 14). Dies gilt auch für Änderungsbescheide. Denn nach h.M. liegt auch in einer Entscheidung nach § 76 Abs. 2 VwVfG die Zulassung der unwesentlichen Änderung und damit eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses (u.a. Fischer in Ziekow: Handbuch des Fachplanungsrechts, 3. Aufl. 2024, § 3 Rn. 289; Neumann/Külpmann, in: Stelkens/BonK/Sachs, VwVfG, 10. Aufl. 2023, § 76 Rn. 24; Deutsch in: Mann/Sennekamp/Uechtritz, NK-VwVfG, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 76 Rn. 47; a.A. soweit ersichtlich nur Wickel in: Fehling/Kastner/Störmer, HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 29: nur Feststellung der Unwesentlichkeit, keine Zulassung).

Damit ist im Falle einer Entscheidung nach § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d Satz 1 EnWG und § 76 Abs. 2 oder 3 VwVfG der § 43e Abs. 1 Satz 1 EnWG entsprechend anzuwenden, demzufolge Anfechtungsklagen gegen einen Planfeststellungsbeschluss oder eine Plangenehmigung keine aufschiebende Wirkung haben. Der Gedanke der Verfahrensbeschleunigung, der § 43e Abs. 1 EnWG zugrunde liegt, muss für unwesentliche Änderungen eines bestehenden Planfeststellungsbeschlusses erst recht gelten.

Da diese Frage höchstrichterlich aber noch nicht entschieden wurde, beantragt 50Hertz dennoch höchst vorsorglich, nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO die sofortige Vollziehung des Bescheides anzuordnen.

Dieser Antrag ist begründet, da die sofortige Vollziehung sowohl im überwiegenden privaten Interesse der 50Hertz, als auch im öffentlichen Interesse liegt. Die Voraussetzungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO liegen vor. Bei einer Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an der sofortigen Vollziehung sowie dem privaten Vollzugsinteresse der 50Hertz einerseits und möglichen Interessen Dritter an einer aufschiebenden Wirkung überwiegen die Vollzugsinteressen.

Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung ist gesetzlich in § 1 Abs. 2 NABEG begründet. Demnach liegt die Errichtung, der Betrieb sowie die Änderung von Stromleitungen, die in den Anwendungsbereich des NABEG fallen, im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 NABEG soll der beschleunigte Ausbau dieser Stromleitungen und Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende

Schutzgüterabwägung eingebracht werden, bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist. Ein überragendes öffentliches Interesse ergibt sich zugleich aus § 1 Abs. 1 Satz 2 BBPIG. Danach ist die Realisierung sämtlicher Netzausbauvorhaben des Bundesbedarfsplans aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Das hier betroffene Vorhaben ist unter Nr. 5 in der Anlage zum BBPIG als länderübergreifende Vorhaben aufgeführt. Für seine Realisierung spricht daher ein gesetzlich verankertes überragendes öffentliches Interesse, das durch die Dringlichkeit des Vorhabens begründet ist, wobei das überragende öffentliche Interesse an der sofortigen Durchführung der Arbeiten die möglichen Interessen Dritter überwiegt.

Korrespondierend dazu besteht ein privates Interesse der 50Hertz an der raschen und effektiven Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen aus dem EnWG und dem BBPIG. Dementsprechend ist ihr Interesse, schnellstmöglich mit den von der Planänderung umfassten Arbeiten beginnen zu können, rechtlich anzuerkennen, um die Realisierung des durch Planfeststellungsbeschluss vom 31.03.2025 zugelassenen Vorhabens nicht zu verzögern.

Die nur geringfügig betroffenen potenziellen Interessen Dritter müssen hinter diese öffentlichen und privaten Interessen an der sofortigen Durchführung der Maßnahmen zurücktreten.

### **3 Beschreibung der geänderten Planungen**

#### **3.1 Veranlassung**

Im Zuge der technischen Detailplanung sind im Abschnitt A1 Überarbeitungen aus den nachfolgend aufgelisteten Themenschwerpunkten gegenüber den eingereichten Planfeststellungsunterlagen vorgenommen worden.

- Regiedokument – Maßnahme V<sub>AR</sub>11
- Kreuzungsbauwerke
- Freileitungsprovisorium
- Wegekonzzept der Freileitung
- Mastdesign
- Wasserableitung
- umweltfachliche Änderungen
- Rechtserwerbsplan / Rechtserwerbsverzeichnis

#### **3.2 Beschreibung der Planungsänderungen**

Die durch die Änderungen betroffenen Planfeststellungsunterlagen sind in Teil A1.4 aufgelistet und werden in den folgenden Unterkapiteln näher erläutert.

##### **3.2.1 Regiedokument – Maßnahme V<sub>AR</sub>11**

Die im Regiedokument zu § 43m EnWG enthaltene Tabelle 4 zur Darstellung der Maßnahmenänderung im PFA A1 wurde durch die Maßnahme V<sub>AR</sub> 11 ergänzt. Darüber hinaus wurde der Unterlage die Anlage 2 mit dem Maßnahmensteckbrief V<sub>AR</sub> 11 beigelegt. Sie ergänzt die Anlage 2 des Planfeststellungsbeschlusses vom 31.03.2025 (Az.: 6.07.01.02/5-2-1 #31, s. Anlage 2, S. 425 - 429). Die Ergänzung beschreibt den temporären und örtlich begrenzten Entfall der Bauzeitenregelung für den Rot- und Schwarzmilan bei km 25,6 – 27,0. Dort sind durch die Bauzeitenregelungen der Maßnahme V<sub>AR</sub>11 für Rot- und Schwarzmilan keine Bauaktivitäten von März bis Juli möglich. Ohne die Nutzung der Monate März 2026 bis Juli 2026, die mit ihren baufördernden Witterungsbedingungen ein erhebliches Beschleunigungspotenzial darstellen, ist eine rechtzeitige Inbetriebnahme im Jahr 2027 nicht möglich.

Aus den Unterbrechungen, die sich durch diese Bauzeitenregelung aus der V<sub>AR</sub>11 für den Bauablauf ergeben, resultieren erhöhte Eingriffe. Diese entstehen durch zusätzliche Rückbauten und Herstellungen von temporären Flächen (z.B. Zuwegungen, BE-Flächen). Somit entstehen neben den Unterbrechungen durch die Bauzeitenregelungen auch längere Bauzeiten durch Mehraufwände in der Ausführung. Durch die bestehenden Bodenschutzrestriktionen ist bei niederschlagsintensiven Witterungsbedingungen im Herbst eine zusätzliche Reduzierung der verfügbaren Bauzeit zu erwarten.

Innerhalb der von Bauzeitenreglungen betroffenen Flächen sind drei geschlossene Querungen, Schutzrohrverlegungen in offener Bauweise, zwei Muffen zur Kabelverbindung und Datenkabelverlegungen durchzuführen. Die beständige Voraussetzung, dass der Kabelschutzrohreinbau vollständig abgeschlossen sein muss, bevor der in der Regel außerhalb der Wintermonate durchzuführende Kabeleinzug beginnen kann, erzeugt in Verbindung mit den Bauzeitenregelungen des Rot- und Schwarzmilans eine Streckung dieser Baumaßnahmen auf 28 Monate (von Oktober 2025 bis Januar 2028). Bei einer durchgängigen Bauzeit zwischen Februar und September können die Maßnahmen bereits innerhalb von ca. 12 Monaten umgesetzt werden (von Oktober 2025 bis September 2026, so dass der geplante Gesamtinbetriebnahmetermin erreicht werden kann. Die Beschleunigung von 16 Monaten ergibt sich aus der Fertigstellungszeit der abgeschlossenen Kabelschutzrohrverlegung bis April 2026 (ohne Bauzeitenregelung) gegenüber September 2026 (mit Bauzeitenregelung) – Beschleunigung von 5 Monaten, und den damit



vorzuziehenden Kabelzügen und -montagen zwischen März 2026 bis September 2026 (ohne Bauzeitenregelung) gegenüber August 2026 bis Januar 2028 mit einer Beschleunigung von insgesamt 16 Monaten.

Es wird eine einmalige, räumlich begrenzte Vergrämung durch vorfristigen Baubeginn ab Februar 2026 erfolgen. Hierdurch kann ein Niederlassen der Brutpaare und eine Störung während des Brutgeschehens verhindert werden. Mit der einmaligen Vergrämung der Rot- und Schwarzmilane durch einen vorfristigen Baubeginn und dem Entfall der Bauzeitenregelung für das Jahr 2026 ist eine Fertigstellung der Baumaßnahmen nach unseren terminplanerischen Annahmen im Jahr 2026 und die anschließende Inbetriebnahme in 2027 möglich. Bei vollständiger Berücksichtigung der Bauzeitenregelung würde sich eine Verzögerung von 16 Monaten ergeben, die eine Inbetriebnahme 2027 verhindert.

### 3.2.2 Kreuzungsbauwerke

Die beantragten Kreuzungsbauwerke A1\_528, A1\_591 und A1\_592 waren ursprünglich in geschlossener Bauweise geplant. Im Folgenden wird dargelegt, warum nun eine Anpassung auf offene Bauweise erfolgt. Die genauen Stationierungen der Kreuzungsbauwerke sind Tabelle 2 zu entnehmen.

**Tabelle 2: Änderungen an Kreuzungsbauwerken**

Kreuzungsbauwerk	Stationierung	Art der Änderung
A1_528	Km 26+000	Änderung der Bauweise von geschlossen auf offen
A1_591	Km 77+650	Änderung der Bauweise von geschlossen auf offen
A1_592	Km 78+890	Änderung der Bauweise von geschlossen auf offen

Im Zuge der Baugrundhauptuntersuchung wurde Geschiebemergel (A1\_528) festgestellt. Im Rahmen des HDD-Verfahrens kann es bei der Bohrung durch solche Formationen zu einem unkontrollierten Eintrag von Grobmaterial in den Bohrkanaal kommen. Diese Gesteinsfragmente können sich aus dem Bohrlochverbund lösen, was zu einer partiellen oder vollständigen Blockade des Bohrkanaals führen kann. In der Folge ist der ordnungsgemäße Austrag des Bohrkleins über die Spülung nicht mehr gewährleistet. Die eingeschränkte Spülmittelförderung sowie der Materialstau im Bohrkanaal erhöhen signifikant das Risiko eines Bohrlochkollapses, eines Werkzeugverlustes (z. B. Bohrkopf) oder eines Schadens am Bohrgestänge. Dies würde bis hin zur Aufgabe des Bohrkanaals führen können und ein erneutes Ansetzen mit veränderter Bohrgradienten erfordern.

Im angetroffenen Felsen bzw. Felsersatz (A1\_591 und A1\_592) ist mit dem unkontrollierten Auftreten von Gesteinsbruchstücken zu rechnen. Darüber hinaus können innerhalb des verwitterten Festgesteins Klüfte unbekannter Dimension und Ausprägung vorhanden sein. Diese Diskontinuitäten im Gesteinsverband stellen potenzielle Schwachstellen dar, durch welche Spülflüssigkeit unkontrolliert austreten kann (Spülungsverlust) oder an der Oberfläche als Ausbläser in Erscheinung tritt. Ein wesentliches technisches Risiko ergibt sich durch das mögliche Verkanten oder Verklemmen von Gesteinsbruchstücken im Bohrkanaal. Diese Vorgänge können zu einer signifikanten Reduzierung des Bohrdurchmessers führen, was wiederum den ungehinderten Austrag des Bohrkleins behindert. Infolge unzureichender Bohrlochräumung steigt das Risiko für eine Instabilität der Bohrlochwand. Die Bohrlochstützung erfolgt regulär durch die Spülflüssigkeit. Kommt es zu einem signifikanten Spülungsverlust, entfällt die stützende Wirkung, sodass ein partieller oder vollständiger Kollaps des Bohrlochs nicht ausgeschlossen werden kann. In einem solchen Szenario besteht das Risiko eines Verfahrensversagens bis hin zum Verlust von Bohrequipment. Erschwerend kommt hinzu, dass es bei verwittertem bis stark verwittertem Festgestein, anders als bei Geschiebemergel (Querung A1\_528), nicht möglich ist, durch Anpassungen der Bohrgradienten verbesserte Bodenverhältnisse zu nutzen. In Summe stellen die

Bohrungen ein erhöhtes Ausführungsrisiko dar. Eine detaillierte Neubewertung im Zuge der Ausführungsplanung führte zu dem Ergebnis, dass die Kosten und Risiken der Ausführung in geschlossener Bauweise (HDD-Verfahren) als zu hoch eingestuft wurden.

Beim Kreuzungsbauwerk A1\_528 wird die ehemalige Straßentrasse L50 mit Allee und Straßengraben gequert. Durch den Neubau der Ortsumgehung hat dieser Abschnitt der ehemaligen Straßentrasse keine Erschließungsfunktion mehr. Die lückige Obstallee besteht aus älteren Obstbäumen. Im Bereich der Querung der Allee ist zur Minimierung des Eingriffs eine Einschränkung des Arbeitsstreifens vorgesehen.

Das Kreuzungsbauwerk A1\_591 liegt am Kreuzungspunkt einer Gemeindestraße mit einem landwirtschaftlichen Weg, beide im Kreuzungsbereich mit begleitender, lückiger Baumreihe und Bankett. Die Umgebung ist geprägt durch landwirtschaftliche Nutzflächen (Ackerflächen). Im Bereich Kabelführung sind mehrere Baumfällungen für die offene Bauweise erforderlich. Zur Minimierung des Eingriffs / Schutz der Bäume wird der Arbeitsstreifen im Bereich der Baumreihen auf ein Minimum reduziert.

Der komplette Trassenbereich am Kreuzungsbauwerk A1\_592 befindet sich auf landwirtschaftlichen Nutzflächen (Ackerflächen). Zwei Bäume einer Baumreihe im Trassenbereich sind für die offene Bauweise zu roden. Zur Minimierung des Eingriffs wird der Arbeitsstreifen im Bereich der Baumreihe auf ein Minimum reduziert.

Durch die Änderung der Bauart kann in allen drei Fällen die Flächeninanspruchnahme verringert werden. Die Errichtung der Baustelleneinrichtung für geschlossene Bauweise kann entfallen.

Die Änderung der Bauweise der Kreuzungsbauwerke von geschlossener auf offene Ausführung ist als unwesentlich zu bewerten. Die Anpassung beruht auf spezifischen geologischen und technischen Risiken, betrifft ausschließlich klar abgegrenzte Teilbereiche und berührt Umfang, Zweck und Funktion des Gesamtvorhabens nicht. Die Auswirkungen auf Betrieb, Sicherheit und Umwelt bleiben gering und im Rahmen der bisherigen Planung, auch weil Eingriffe durch Reduzierung von Arbeitsstreifen und Wegfall zusätzlicher Baustelleneinrichtungen gezielt minimiert werden. Damit bleibt die Zielsetzung der Planung erhalten, wesentliche neue oder verstärkte Belastungen sind nicht zu erwarten.

### **3.2.3 Freileitung**

#### **3.2.3.1 Umplanung Mast 342n**

Der Mast 342n der 380-kV-Leitung 535/539 Lauchstädt – Wolmirsted – Klostermannsfeld (ca. km 10,4 / fTK 10,540) wurde ursprünglich als Tragmast geplant. Durch den Absprung am Mast 29\_343n auf die 380-kV-Leitung kommt es am Mast 342n zu einem Kettenschiefstand. Um dies zu vermeiden, wird der Mast 342n zu einem Abspannmast umgeplant.

#### **3.2.3.2 Umplanung von Erdseilspitze auf Erdseiltraverse**

Um den Blitzschutz in den Einbindebereichen der 380-kV-Leitung 437/438 Wolmirstedt – Förderstedt zu gewährleisten, müssen die ursprünglich geplanten einfachen Erdseilspitzen an den Masten 29n (ca. km 10,3 / fTK 10,464) und 48n (ca. km 18,2 / fTK 18,531) in Erdseiltraversen umgeplant werden.

#### **3.2.3.3 Zuwegung zu Mast 106, Mast 107 und Provisorium**

Es ist davon auszugehen, dass die ursprünglich geplante Zuwegung durch den Ausbau der BAB A14 zwischen 08/2025 bis 06/2027 nicht befahrbar ist. Die Befahrung ist für Unterhaltsarbeiten, Errichtungs- und Rückbauarbeiten des Provisoriums erforderlich. Es ist notwendig, eine Zuwegung aus Westen über die Ortschaft Bleiche zu ermöglichen. Die Erweiterung eines bereits vorhandenen



Feldwegs als Zuwegung zur Baustelle (AF\_WA\_005, ca. km 5,8 / fTK 6,083) anstelle der ursprünglich geplanten Errichtung der Zufahrt stellt eine unerhebliche Anpassung im Vergleich zur Gesamtplanung dar. Die Nichterrichtung der geplanten Zuwegung ist zwar eine Änderung, hat jedoch keine belastende Auswirkung und kann daher außer Betracht bleiben. Bei der Erweiterung des Feldwegs handelt es sich im Vergleich zum Vorhaben um eine geringfügige, räumlich und sachlich begrenzte Änderung.

Für die volle Länge der Baustraße wird der vorhandene Feldweg genutzt, der bereits für landwirtschaftlichen Verkehr dient. Eingriffe in unberührte Natur sind nicht erforderlich, sodass die Auswirkungen auf die Natur geringer ausfallen. Etwaige Belastungen oder Schäden durch den vorhabenbedingten Ausbau und Baustellenverkehr bilden keinen Anlass für eine erneute vorhabenbezogene Abwägung.

Die geänderte Zuwegung ist vereinbar mit dem Artenschutz, da artenschutzrechtliche Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG auszuschließen sind. Die Verlegung der Zufahrt führt zwar zu einer erhöhten temporären Flächeninanspruchnahme. Diese wird aber in der Nachbilanzierung berücksichtigt. Eine Anpassung der Ausgleichsmaßnahmen ist nicht erforderlich. Zudem sind die bisher vorgesehenen Wiederherstellungsmaßnahmen (LBP Maßnahme A 15 – Wiederherstellung von Grünland) auf die neue Zuwegung anzuwenden.

Die mit zusätzlichen Lärmimmissionen verbundenen Auswirkungen auf die Bewohner am Rand der Ortschaft Bleiche (insbesondere durch Baulärm bei der Herstellung der Zuwegung wie auch der Baustellenverkehr) sind unerheblich.

Hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen durch Lärm wurde überschlägig eine schalltechnische Untersuchung zum Baulärm vorgelegt (SHN Ingenieure 2025). Diese Untersuchung kann dem Kapitel „Teil E6.3.1 Ergänzendes Fachgutachten Baulärm zu Baustraße AF\_WA\_005“ entnommen werden. In einem ersten Schritt erfolgte eine Prognose der Schallimmissionen für die Herstellung der Baustraße. Zur Prognose der Schallimmissionen wurden die Schallemissionen der zum Einsatz kommenden Baumaschinen und Bauverfahren nachgebildet. Weiterhin wurde in einem zweiten Schritt für die neue Zuwegung die Schallimmissionswerte für den dort zu erwartenden Baustellenverkehr ermittelt. Dabei wurde eine Frequentierung von maximal 10 LKW und 10 PKW pro Tag zugrunde gelegt. Im Ergebnis werden die Immissionsrichtwerte gemäß AVV Baulärm 3.1 auch bei stark konservativer Herangehensweise um bis zu 15 dB(A) unterschritten. Die aus dem Wegebau und aus dem Baustellenverkehr resultierenden Immissionsanteile können folglich als nicht beurteilungsrelevant eingestuft werden.

Eine Änderung kann auch dann unwesentlich sein, wenn sie im Umfeld zu zusätzlichen Immissionen führt (Deutsch in: NK-VwVfG/Markus Deutsch, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 76 Rn. 31). Nach der Rechtsprechung ist jedenfalls eine Lärmerhöhung von bis zu 1 dB(A) irrelevant, weil nicht wahrnehmbar (statt aller: BVerwG, Urteil vom 28.09.2021 – 9 A 12.20, UPR 2022, 95-98, Rn. 19).

Selbst wenn die bereits im PFB erlassenen Nebenbestimmungen zum Lärmschutz vor Baulärm nicht als ausreichend erachtet werden sollten, so stünde eine ggf. erforderliche Ergänzung der Schutzauflagen nicht der Einstufung als unwesentliche Änderung entgegen. Soll der PFB lediglich um Schutzauflagen ergänzt werden, wird die planerische Abwägung nicht berührt und hat die Änderung regelmäßig nur unwesentliche Bedeutung (BVerwG, Beschluss vom 1. April 2016 – 3 VR 2/15 –, Rn. 18, juris; Neumann/Külpmann in: Stelkens/Bonk/Sachs/Neumann/Külpmann, 10. Aufl. 2022, VwVfG § 76 Rn. 20; Weiß in: Schoch/Schneider/Weiß, 5. EL Juli 2024, VwVfG § 76 Rn. 83).

### 3.2.3.4 Umverlegung von Einleitstellen

Gemäß Maßnahmenblatt V<sub>FFH</sub> 21 sind die Einleitstellen E-A1-9, E-A1-10 und E-A1-11 (ca. km 4,8 / fTK 4,959) in den Buschgraben nicht möglich. Die Einleitung erfolgt über die neuen Einleitstellen E-A1-32 und E-A1-33 in die Ohre.

### 3.2.3.5 Flächenanpassung Provisorium Mast 106 und Mast 116

Für die nachrichtentechnische Versorgung (OPGW) während der Provisoriumserstellung ist es notwendig, die LWL Seile vom Mast 106 der 380-kV-Leitung 491/492 Helmstedt - Wolmirstedt (ca. km 5,2 / fTK 5,356) auf den Mast 106 des Provisorium Nord 535/536 sowie vom Mast 116 der 380-kV-Leitung 491/492 Helmstedt - Wolmirstedt (ca. km 1,7 / fTK 1,742) auf den Mast 116 des Provisorium Nord 535/536 zu ziehen. Hierzu werden Seilzugs- und Montageflächen benötigt.

### 3.2.3.6 Erweiterung Provisoriumsfläche (Nord 1.1) bei km 6,1 und km 8,8

Das Provisorium Nord (1.1) soll in den o.g. Bereichen (bei km 6,1 / fTK 6,386 und km 8,8 / fTK 9,067) in Teilabschnitte gegliedert werden, hierfür ist eine geringfügige Flächenerweiterung zum Anschluss des Provisoriums an die Bestandsleitung notwendig. Durch die Abschnittsbildung des Provisoriums ist eine Errichtung in voller Länge nicht erforderlich und die Standzeit kann erheblich verringert werden. Darüber hinaus vereinfacht die Segmentierung des Provisoriums im Bereich hoher Leitungskonzentrationen die komplexe Abschaltfensterplanung und wirkt sich beschleunigend auf den Bauablauf aus. Die Teilung des Provisoriums ist ein wichtiger Bestandteil zur Verringerung von Ausführungsrisiken beim betroffenen Freileitungsbau.

### 3.2.4 Rechtserwerbsplan / Rechtserwerbsverzeichnis

Aufgrund von neuen und entfallenden Flächeninanspruchnahmen werden die betreffenden Rechtserwerbspläne und Rechtserwerbsverzeichnisse angepasst. Eine Auflistung der von Änderungen betroffenen Rechtserwerbspläne ist in Teil A1.4 enthalten.

### 3.3 Kennzeichnung

Im Rahmen der Deckblattänderung werden einige Unterlagen angepasst. Die Verortung der Anpassung kann Teil A1.4 entnommen werden. In den Unterlagen sind die Änderungen Blau markiert.

### 3.4 Auswirkungen der Planänderung auf die Umwelt

Die oben (Kap. 3.2) beschriebenen Änderungen der Planung wurden hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Umwelt überprüft und resultierende Änderungen in den entsprechenden Unterlagenteilen eingearbeitet.

Zusammenfassend sind die Auswirkungen des geänderten Vorhabens im Rahmen der Eingriffsregelung im "Landschaftspflegerischen Begleitplan" (Teil I) analysiert, bewertet sowie hinsichtlich erforderlicher Maßnahmen zu Vermeidung, Minderung und Kompensation bearbeitet worden. Sämtliche Veränderungen von Eingriffsdimensionen wurden bilanziert und in einer angepassten Kompensationsbilanz berücksichtigt. Grundsätzlich neue Maßnahmen sind nicht erforderlich, durch die im Freileitungsabschnitt jetzt geplante Einleitung aus der Bauwasserhaltung in die Ohre (nicht mehr Buschgraben) entfällt die ursprünglich geplante Maßnahme V<sub>FFH</sub> 21.

Aufgrund von geotechnischen Ausführungsrisiken wird eine Änderung der ursprünglich geplanten geschlossenen Bauweise zu einer offenen Bauweise für die folgenden Kreuzungsbauwerke erforderlich:

- ehemalige Straßentrasse L50 mit Allee und Straßengraben (Kreuzungsbauwerk A1\_528)
- Kreuzungspunkt einer Gemeindestraße mit einem landwirtschaftlichen Weg mit lückiger Baumreihe (Kreuzungsbauwerk A1\_591)
- Querung einer Baumreihe zwischen landwirtschaftlichen Nutzflächen (Ackerflächen) (Kreuzungsbauwerk A1\_592)

Durch eine Reduzierung des Arbeitsstreifens auf ein technisches Minimum und Baumschutzmaßnahmen werden die Umweltauswirkungen minimiert. Darüber hinaus wird die Flächeninanspruchnahme reduziert, da die Baustelleneinrichtungsflächen für die HDD-Bohrungen einschließlich der zugehörigen Infrastruktur entfallen. Dennoch ergeben sich lokal geänderte Eingriffe, die zumeist mit Biotopbeeinträchtigungen und lokalen und temporären Auswirkungen auf die Fauna verbunden sind. Durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minderungs- und Schutzmaßnahmen werden diese zumeist auf die Bauphase beschränkten Auswirkungen soweit möglich reduziert, verbleibende Beeinträchtigungen können durch entsprechende Maßnahmen kompensiert werden.

Die Beeinträchtigungen des Feldhamsters werden durch zwei Maßnahmen kompensiert. Die Beeinträchtigung der Feldhamsterschonfläche der Autobahn GmbH (dort  $A_{\text{CEF}27}$ ) wird durch die angepasste Maßnahme  $A_{\text{CEF}1}$  (Ersatz für eine temporär (12,0 ha) und dauerhaft (0,25 ha) durch den SOL A1 beeinträchtigte CEF-Maßnahmenfläche der BAB 14) kompensiert. Der Eingriff in die Feldhamsterschonfläche der Autobahn GmbH wird qualitativ und quantitativ mindestens in gleichwertiger Art und Weise ausgeglichen. Eine Verbesserung zur bisherigen Maßnahmenplanung ergibt sich durch die nun dauerhafte Sicherung einer 2,2 ha Maßnahmenfläche. Die weiteren baubedingten Beeinträchtigungen des Feldhamsters durch den SOL werden durch die Maßnahme  $A_{\text{FCS}26}$  (Schaffung einer Feldhamsterschonfläche und dauerhafte Sicherung der Feldhamsterpopulation) mit einer Größe von 30 ha kompensiert (vgl. Unterlage I2, Kap. 4.26). Eine nachweisliche Verbesserung dieser  $A_{\text{FCS}26}$  Maßnahme im Vergleich zu bisherigen Maßnahmenplanung besteht in der dauerhaften Sicherung (bei einem lediglich baubedingten temporär begrenzten Eingriff durch den SOL) einer feldhamsterfreundlich bewirtschafteten Schonfläche, welche Grundlage bietet für eine stabile Population sowie das Überleben und Fortbestehen des Feldhamsters damit dauerhaft gesichert werden kann. Da es sich bei den Änderungen des Maßnahmenkonzeptes lediglich um Flächenanpassungen handelt, die die Gesamtsituation für den Feldhamster verbessert, sind die Änderungen als unwesentlich zu bewerten.

Bei den Flächen der Maßnahme  $A_{\text{CEF}2}$  erfolgen geringfügige Standortanpassungen infolge der Flächenverfügbarkeiten. Aufgrund von fehlenden Eigentümerzustimmungen wurden diese Anpassungen der Maßnahmenflächen notwendig. Die  $A_{\text{CEF}2}$  wird in gleichwertiger Art und Weise auf neuen verfügbaren Flurstücken umgesetzt. Aufgrund der ausschließlich räumlichen Anpassung der Maßnahme ist diese Änderung als unwesentlich einzustufen.

Im Bereich der Freileitung kommt es durch Modifizierungen einzelner Masten, Anpassungen bzw. Erweiterungen der Provisoriumsflächen sowie Zuwegungen zu geringfügigen zusätzlichen, überwiegend bauzeitlichen Verlusten von Biotopen, die im Rahmen des LBP (Unterlage I) einschließlich der damit verbundenen Anpassung der Kompensationsbilanz nachvollzogen werden können.

Durch die Umverlegung der Einleitstellen E-A1-9, E-A1-10 und E-A1-11 für die Bauwasserhaltung vom Buschgraben zu den neuen Einleitstellen E-A1-32 und E-A1-33 in die Ohre wird eine Vermeidungsmaßnahme des planfestgestellten LBP bereits planerisch umgesetzt, Auswirkungen auf den Schlammpeitzger werden somit vermieden. Durch die Umverlegung werden geringfügige Mehrbeeinträchtigungen innerhalb des LSG "Ohre- und Elbniederung" induziert, die jedoch kompensierbar sind und in der Unterlage K15 nachvollzogen werden können.

Entsprechend ergänzte Anträge auf Ausnahme bzw. Befreiung von den Verboten für gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 Abs. 1 BNatSchG (Ausnahme § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG) sind Bestandteil der angepassten Unterlage K5 bzw. K15.

In den Unterlagenteilen "Fachbeitrag EU-WRRL" (Teil J) und "Natura 2000-Verträglichkeitsstudie" (Teil G) ergeben sich keine Änderungen der Ergebnisse gegenüber der bisherigen Planung. Das betrachtete Vorhaben ist auch in der geänderten Planung mit den Schutz- und Erhaltungszielen der relevanten Natura 2000-Gebiete vereinbar. Durch die Umverlegung der Einleitstellen für die Bauwasserhaltung in die Ohre und den Entfall von Einleitungen in den Buschgraben werden Beeinträchtigungen des Schlammpeitzgers ausgeschlossen und die ursprünglich geplante Maßnahme V<sub>N</sub> 6 entfällt. Das Vorhaben verstößt auch nicht gegen die Bewirtschaftungsziele im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie bzw. deren Umsetzung in nationales Recht gemäß §§ 27 bis 31 und 47 WHG unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung. Die in den entsprechenden Unterlagen vorgenommenen Änderungen dokumentieren nur die geänderte Planung und deren Analyse.

## Abkürzungsverzeichnis

50Hz	50hertz Transmission GmbH
µT	Microtesla
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AC	Bezeichnung für Wechselstrom (engl. alternating current)
AFB	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AT	Arbeitstage
B0	Abschnitt B
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BBPI	Bundesbedarfsplan
BFP	Bundesfachplanung
BNetzA	Bundesnetzagentur
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CEF	Continuous Ecological Functionality, vorgezogene Ausgleichsmaßnahme i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG
dB	Dezibel (Verhältniszahl)
dB(A)	Schalldruckpegel, Messgröße zur Bestimmung der Stärke von Geräuschpegeln
DC	Gleichstrom (engl. direct current)
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DIN	EN Standard für Vereinheitlichung (Deutsches Institut für Normung)
DTK	Digitale Topografische Karte
DVGW	Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
DWA	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.
DWA-A	DWA-Arbeitsblatt
DWA-M	DWA-Merkblatt
EE	Erneuerbare Energien
EG	Europäische Gemeinschaft
EK	Erdkabel
EN	Europäische Norm
EU	Europäische Union
FFH	Flora-Fauna-Habitat
FL	Freileitung
fTK	festgelegter Trassenkorridor
Gw	Grundwasser
GW	Gigawatt (1.000.000.000 W), Einheit der elektrischen Leistung
GWK	Grundwasserkörper
GZ	Grünlandzahl
ha	Hektar
HDD	Horizontalspülbohrverfahren (engl. horizontal directional drilling)
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HV	High Voltage (dt. Hochspannung) vergleiche HVAC / HVDC
HVAC	High Voltage Alternating Current (Hochspannungswechselstrom)
HVDC	High Voltage Direct Current (Hochspannungsgleichstrom)
Hz	Hertz, Einheit für die Frequenz
i.S.v.	im Sinne von
KAS	Kabelabschnittsstation
kf-Wert	Durchlässigkeitsbeiwert
km	Kilometer
KMS	Kabelmonitoringstation
KSR	Kabelschutzrohr
KÜS	Kabelübergangsstation
kV	Kilovolt (1.000 V)

LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LED	Leuchtdiode (engl. Light-emitting diode)
LfA	Landesamt für Archäologie Sachsen
m	Meter
MLM	Mindestlichtmaß
mm	Millimeter
mT	Millitesla (Einheit der magnetischen Flussdichte)
MW	Megawatt
Natura2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Natura 2000 umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der EUVogelschutzrichtlinie. Kohärentes Netz besonderer Schutzgebiete innerhalb der EU (FFH- und SPA-Gebiete).
NEP	Netzentwicklungsplan
NHN	Normal-Höhen-Null
OWK	Oberflächenwasserkörper
PCI	Projects of Common Interest - Vorhaben von gemeinsamem Interesse
PF	Planfeststellung
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PFV	Planfeststellungsverfahren
Ril	Richtlinie
RL	Rote Liste
SOL	SuedOstLink
t	Tonnen
TKS	Trassenkorridorsegment (Bundesfachplanung)
TLDA	Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
TWh	Terawattstunde
UR	Untersuchungsraum
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
V	Volt
VHT	Vorhabenträger
VO	Verordnung
VT	Vorzugstrasse
WSG	Wasserschutzgebiet
Ziff.	Ziffer